

WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

Dieses Briefing richtet sich an Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Es widmet sich der europäischen Freihandels- und Investitionspolitik, wie sie in der ersten Säule der Rohstoffinitiative der Europäischen Kommission von 2008 beschrieben ist. Das Briefing erläutert hierzu

Motive und Zielsetzung der Europäischen Union (EU), benennt die Kritik und skizziert potenzielle Folgen für Entwicklungsländer, Umwelt, Menschenrechte und Frieden. Es gibt Politikempfehlungen zur Anpassung und notwendigen Neuausrichtung der europäischen Rohstoffpolitik.

DAS WESENTLICHE AUF EINEN BLICK

Nach Ansicht der EU hängt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen wesentlich vom Zugang zu günstigen Rohstoffen ab. Die Staaten der EU verbrauchen überproportional viele Rohstoffe. Dies ist Folge des hohen Konsums von Produkten aller Art sowie einer Wirtschaftsweise, die stark auf Wachstum, Produktion und Export von weiterverarbeiteten Industrieprodukten ausgerichtet ist. Aufgrund fehlender oder erschöpfter eigener Rohstoffvorkommen müssen viele Rohstoffe importiert werden. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und des unverändert hohen Rohstoffverbrauchs in Europa steht die EU unter Druck. Die Europäische Kommission veröffentlichte daher 2008 eine Rohstoffinitiative. Sie zielt insbesondere auf Sicherung der günstigen Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen ab. Durch Verhandlungen von Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern sollen möglichst alle Hindernisse abgebaut werden, die den Handel mit Rohstoffen einschränken. Im Fokus stehen dabei vor allem Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe sowie Regeln und Beschränkungen für ausländische Investitionen, z.B. von europäischen Bergbauunternehmen.

dieser Länder würden wichtige politische Instrumente zur Steuerung ihrer Volkswirtschaften genommen. Es droht eine Zunahme von Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

Zur Rohstoffinitiative: Die EU sollte sich für ein „neues Verständnis von Wohlstand und Wohlfahrt“ einsetzen, bei dem Güter, Produktion und Konsum in Balance zu sozialen, ökologischen und anderen persönlichen und gesellschaftlichen Belangen stehen.¹ Dafür muss der Verbrauch an Ressourcen in der EU erheblich gesenkt werden. Zudem sollte sich die EU für eine gerechtere Nutzung von Rohstoffen einsetzen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern fördern.

Zu Ausfuhrsteuern: Die EU sollte Entwicklungsländer bei der Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften, der Verringerung ihrer Abhängigkeit von Rohstoffexporten, der Erhöhung der Wertschöpfung vor Ort und dem Schutz der endlichen natürlichen Ressourcen unterstützen.

Zu Investitionen: Die EU sollte mit ihrer Investitionspolitik die Regierungen der Entwicklungsländer in eine bessere Lage versetzen, Investitionen und Unternehmen im Interesse ihrer Entwicklung und des Allgemeinwohls regulieren zu können. Investitionsschutzabkommen müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Rechten und Pflichten von Investoren, Gast- und Herkunftsstaaten schaffen und positives Verhalten von Investoren zur Förderung langfristiger, nachhaltiger Entwicklung unterstützen.

KRITIK

Die Initiative folgt einseitig der Forderung europäischer Unternehmen nach einem freien Zugang zu Rohstoffen. Die in der Rohstoffinitiative enthaltene Liberalisierungsstrategie, die auf möglichst weitgehenden Freihandel, uneingeschränkten Marktzugang und Investitionsschutz setzt, ist jedoch kurzsichtig. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Entwicklungsländern wird untergraben, denn den Regierungen und Parlamenten

¹ Manfred Linz, „Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit“, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2006, http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP157.pdf, S. 7

WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

DIE ROHSTOFFINITIATIVE DER EU

Die 2008 veröffentlichte Rohstoffinitiative der Europäischen Kommission basiert auf drei Säulen:

1. **Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten,**
2. **Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen und**
3. **Reduzierung des europäischen Verbrauchs an primären Rohstoffen.**

Die Priorität liegt erkennbar auf der ersten Säule. Denn nur hier finden sich sehr genaue Maßnahmen und Ziele: Unter einer sogenannten „aktiven Rohstoffdiplomatie“ sollen die verschiedenen Bereiche der EU-Außenpolitik wie Außenbeziehungen, Handel, Entwicklung, Sicherheit usw. koordiniert werden, um den „diskriminierungsfreien Zugang“ zu Rohstoffen zu sichern. Auch der Europäische Rat forderte die Kommission und die Mitgliedsstaaten explizit auf, ihre Entwicklungshilfe an der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auszurichten.² Das Hauptproblem sind in den Augen der Kommission staatliche Maßnahmen, die den internationalen Rohstoffhandel verzerren. In Verhandlungen zu neuen bilateralen Freihandelsabkommen (FTA) bzw. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) übt die EU Druck aus, damit die Partnerländer zukünftig auf die Erhebung von Ausfuhrsteuern verzichten, Investitionsregeln lockern und Investorenschutz verschärfen. Primäres Ziel der Rohstoffinitiative ist der freie Zugang zu Rohstoffen für europäische Unternehmen. Damit entspricht die EU den Forderungen der Bergbau- und Rohstoffindustrie (siehe Box).

UNTERNEHMERLOBBY ZUR EU-ROHSTOFFINITIATIVE

Die Forderung der Europäischen Kommission, die Weltmärkte für Rohstoffe zu öffnen, entspricht der langfristigen Agenda großer Unternehmen und Unternehmensverbände in der EU. BusinessEurope, der größte Arbeitgeberverband in Europa, befürwortete die Rohstoffinitiative von Beginn an und forderte die Kommission wiederholt auf, eine klare Strategie und einen harten Kurs zu verfolgen, um staatlichen Eingriffen entgegenzuwirken und den Weltmarkt für Rohstoffe zu öffnen.³ Der europäische Industrieverband Eurometaux behauptet, dass es ohne einen garantierten sicheren und günstigen Zugang zu Rohstoffen keine Zukunft für die Wirtschaft der EU und keine Kapazitäten zur Finanzierung anderer politischer Ziele der EU gäbe.⁴

Ausfuhrbeschränkungen stehen an erster Stelle der handelspolitischen Maßnahmen, die von der Industrie in der Debatte über den Zugang zu Rohstoffen kritisiert werden. Bereits vor der Veröffentlichung der Rohstoffinitiative 2008 verlangte BusinessEurope von der Kommission einen aktiveren Einsatz gegen Ausfuhrsteuern und andere Handels- oder Investitionsbeschränkungen.

Europäische Unternehmensverbände haben sich zudem lange für die Liberalisierung und den besseren Schutz von Investitionen im Ausland eingesetzt. Die europäische Industrie drängt auf ein Investitionsschutzabkommen in der Welthandelsorganisation (WTO) und auf Investitionsbestimmungen in bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen.⁵

² EC, Council conclusions: An integrated approach to a competitive and sustainable industrial policy in the European Union, 28. Mai 2009, Abs. 24

³ BusinessEurope, ‚Contribution for EU policy assessment on the sustainable use of natural resources, including resource efficiency‘, April 2010, www.business-europe.eu, und BusinessEurope, ‚Priorities for External Competitiveness 2010–2014: Building on Global Europe‘, S. 2,7

⁴ Eurometaux, ‚Eurometaux Contribution to the European Commission Consultation on Access to Non-energy Raw Materials‘, März 2008, http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=4595&userservice_id=1&request.id=0

⁵ Corporate Europe Observatory, ‚The Corporate Investment Agenda‘, in: Seattle to Brussels Network (ed.), ‚Reclaiming Public Interest in Europe’s International Investment Policy. EU Investment Agreements in the Lisbon Treaty Era: A Reader, 2010, S. 14 ff.

WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

KRITIK UND POTENZIELLE FOLGEN

Die Rohstoffinitiative setzt am falschen Ende an. Eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik würde stattdessen zuerst auf einen geringen Ressourcenverbrauch zielen, als Kernelement einer nachhaltigen Wirtschaft. Wissenschaftler des Wuppertal Instituts beschrieben drei Wege, die zur Erreichung dieses Ziels begangen werden müssen⁶: Effizienz (verbesserte Energie- und Ressourcennutzung), Konsistenz (naturverträgliche Technologien) und Suffizienz (Selbstbegrenzung). Bisher verfolgt die EU zwar Effizienz- und Konsistenzstrategien, aber aufgrund des Rebound-Effektes – wenn das Wachstum der absoluten Menge an verbrauchten Ressourcen die Einsparungen durch Effizienz und Konsistenz übersteigt – steigt der Ressourcenverbrauch trotz dieser Maßnahmen. Dies ist weder gerecht noch zukunftsfähig. Denn dieses Wirtschaftsmodell der Industrienationen ist nicht in gleichem Maße auf alle Länder übertragbar, ohne die Erde lebensfeindlich zu machen.⁷ Nur die erhebliche Verringerung des Ressourcenverbrauchs sorgt für den Schutz existenzieller Menschenrechte und der Umwelt. Daher ist Suffizienz entscheidend. Dabei werden nur so viele Leistungen in Anspruch genommen, wie für das Wohlergehen der Einzelnen und des Ganzen zuträglich sind. Lebensqualität wird damit von Konsum entkoppelt. Dies setzt auf ein neues Verständnis von Wohlstand und Wohlfahrt, das sich auf Verhaltensänderung bezüglich Gütern, Produktion und Konsum gründet.

Statt den eigenen Ressourcenverbrauch zu begrenzen, schränkt die europäische Rohstoffpolitik den Handlungsspielraum von Entwicklungsländern ein und treibt die weltweite Ausbeutung von Ressourcen voran.

Vor allem drei Folgen sind durch die Umsetzung der Rohstoffinitiative zu befürchten:

1. Der weltweite Wettbewerb um Rohstoffe verstärkt sich und kann damit Ressourcenkonflikte in den Produzentenländern vorantreiben sowie, im Zusammenspiel mit anderen geopolitischen Herausforderungen, zu instabilen internationalen Beziehungen führen.
2. Entwicklungsländern werden wichtige politische Instrumente zur wirksamen Lenkung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung genommen. Zudem können sich die wirtschaftlichen Perspektiven von Entwicklungsländern verschlechtern, da sich ihre Abhängigkeit von Exporten unverarbeiteter Rohstoffe weiter verfestigen könnte.
3. Die Rohstoffstrategie wird die Abhängigkeit Europas von Rohstoffimporten erhöhen.

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Die EU sollte die gerechte Nutzung der weltweiten natürlichen Ressourcen und eine nachhaltige Entwicklung für alle fördern. Dafür muss die EU ihren Ressourcenverbrauch verringern und ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit geringer Ressourcennutzung entwickeln, das einen drastischen Anstieg an Wiederverwertung, mehrfache Nutzung und Naturverträglichkeit von Produkten unterstützt. Die EU sollte einen transparenten Prozess für die internationale Gemeinschaft voranbringen, um so neue Kooperationsformen beim Umgang mit Rohstoffen zu entwickeln, die auf eine Reduzierung des übermäßigen Verbrauchs der Ressourcen der Erde und auf den Transfer von Wissen über die nachhaltige Nutzung von Ressourcen gerichtet ist. Zudem sollte die EU eine Definition von Wohlstand fördern, die losgelöst ist von Konsum.

⁶ Manfred Linz, „Weder Mangel noch Übermaß. Über Suffizienz und Suffizienzforschung“, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, 2004, http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP145.pdf

⁷ Tilman Santarius, Vortrag Fachtagung „In den Himmel wachsen“, Saarbrücken, 10.02.2007, http://www.izes.de/cms/upload/pdf/Santarius-_Dematerialisierung_esp_-_10_2_07__2_.pdf, S. 2-6

4 WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

TEILASPEKT: AUSFUHRSTEUERN

Ausfuhrbeschränkungen können verschiedene Formen annehmen, darunter Ausfuhrsteuern, Ausfuhrverbote und die Genehmigungspflichten für Exporte. Alle Arten von Ausfuhrbeschränkungen und -steuern verringern tendenziell das Exportvolumen und sind weit verbreitet. Eine von der internationalen Handelskommission der US-Regierung veröffentlichte Studie stellt fest, dass 72 von 131 analysierten Ländern Ausfuhrsteuern erheben. 38 von ihnen erheben Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe.⁸

Nach Angaben der EU machen Ausfuhrsteuern mit 84 Prozent den überwiegenden Teil der exportbeschränkenden Maßnahmen aus. Die Sektoren, in denen die Steuern hauptsächlich erhoben werden, sind Metalle (21%) und landwirtschaftliche Produkte (14%), dann folgten Chemikalien (12%), Holz (6%) sowie unverarbeitete Felle und Häute (5%) und mineralische Produkte (5%).

Die Besteuerung des Exports unverarbeiteter Rohstoffe zielt meist darauf ab, junge weiterverarbeitende Industrien vor Ort zu schützen und ihnen einen komparativen Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischen Wettbewerbern zu sichern. Ausfuhrsteuern auf Primärprodukte dienen hier als indirekte Subvention für Industrien, die bei der Verarbeitung dieser Produkte oder in Fertigungsverfahren eine

höhere Wertschöpfung schaffen.⁹ Die Förderung von Weiterverarbeitung und Fertigung sowie damit verbundener Dienstleistungen ist für Entwicklungsländer ein Muss, wenn sie sich aus ihrer Abhängigkeit von Rohstoffexporten befreien wollen. Auch die industrielle Entwicklung der westlichen Volkswirtschaften und die Industrialisierung in vielen Ländern Ostasiens basierten auf einer Mischung aus Schutz und Liberalisierung und nicht allein auf dem Prinzip der freien Marktwirtschaft. Ferner können Ausfuhrsteuern Einnahmen für öffentliche Aufgaben generieren, zur Preisstabilisierung beitragen sowie den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen unterstützen.

Die Europäische Kommission fürchtet, dass Ausfuhrsteuern zu einer Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen für europäische Unternehmen führen. Die importabhängige EU-Wirtschaft könnte im Wettbewerb gegenüber den von Ausfuhrsteuern unbelasteten lokalen Industrien der Produzentenländer benachteiligt werden.¹⁰ Die Abschaffung von Ausfuhrsteuern ist daher eine Hauptforderung der EU. Hiermit sollen ein unbeschränkter Zugang zu Schlüsselrohstoffen für die europäische Wirtschaft gewährleistet und billige Preise für die EU-Unternehmen garantiert werden.¹¹

⁸ Joanna Bonarriva et al., „Export Controls: An Overview of Their Use, Economic Effects and Treatment in the Global Trading System“, Office of Industries Working Paper, No. ID-23, US International Trade Commission, August 2009, S. 11

⁹ Roberta Piermartini, *The Role of Export Taxes in the Field of Primary Commodities*, WTO, Genf, 2004, S. 12 und WTO, *World Trade Report 2010: Trade in Natural Resources*, Genf, 2010, S. 11 und 117.

¹⁰ EC, *DG Trade, Raw Materials Policy*, 2009 Annual Report, S. 11

¹¹ DG Trade, *Trade priorities first half 2010*, Kapitel 4.4

WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

KRITIK UND POTENZIELLE FOLGEN

Die Kommission selbst erklärt: „unter gewissen Umständen können Beschränkungen der Lieferung von Rohstoffen gerechtfertigt sein: zur Verwirklichung von Entwicklungszielen, zum Schutz der Umwelt oder für einen nachhaltigen Abbau natürlicher Ressourcen.“¹² Doch würde die EU ihre Forderungen in Freihandelsabkommen wie beispielsweise den EPAs durchsetzen, würde sie die Möglichkeit, ebensolche Beschränkungen einzusetzen, untergraben. Länder könnten Ausfuhrsteuern nur noch temporär und teils nur mit Zustimmung der EU erheben. Auch die Anzahl von Gütern, auf die eine Ausfuhrsteuer erhoben werden könnte, wäre begrenzt, und die Notwendigkeit der Steuer müsste umfassend begründet werden. Auch die Möglichkeit, bestehende Steuern auf Rohstoffe zu erhöhen, würde eingeschränkt.

Insgesamt würde den Produzentenländern ein wichtiges Instrument zur Stimulierung und Entwicklung ihrer Wirtschaft genommen. Durch die Erhebung von Ausfuhrsteuern auf unverarbeitete Felle und Häute wurden beispielsweise in Kenia Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Die jährlichen Gesamteinkünfte in diesem Sektor sind um mehr als 8 Mio. Euro bzw. 21 Prozent angestiegen – mit weiterem Wachstumspotenzial.¹³

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Die EU sollte Entwicklungsländer bei der Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften, der Verringerung ihrer Abhängigkeit von Rohstoffexporten, der Erhöhung der Wertschöpfung vor Ort und dem Schutz der endlichen natürlichen Ressourcen unterstützen. Die EU sollte in diesem Sinne insbesondere die Rechte der Entwicklungsländer achten, Ausfuhrbeschränkungen im öffentlichen Interesse anzuwenden. Darum sollte sie darauf verzichten, die Nutzung von Ausfuhrsteuern in sämtlichen Foren, wie Verhandlungen in der WTO, in bilateralen Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sowie anderen Prozessen, wie dem APS (Allgemeine Präferenzsystem) zu verbieten oder einzuschränken. Zudem sollte sie von der Anwendung handelspolitischer Schutzinstrumente zur Bekämpfung von Ausfuhrsteuern absehen.

¹² EC, DG Trade, *Raw Materials Policy*, 2009 Annual Report, S. 12–13.

¹³ Mark Curtis, *Die neue Jagd nach Ressourcen – Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht*, Dezember 2010, S. 19f.

TEILASPEKT: INVESTITIONEN

Seit Dezember 2009 liegt die Investitionspolitik als Folge des Vertrages von Lissabon vollständig in der Gemeinschaftskompetenz der EU. Ihre Ausführung obliegt der Kommission. 2010 stellte die Europäische Kommission einen Entwurf für eine neue Verordnung vor, welche auf der ganzen Welt bessere Bedingungen für Investoren der EU schaffen soll. Die EU drängt auf eine tiefgreifende Liberalisierung der Investitionspolitik und maximalen Schutz für europäische Investoren. Bei den Verhandlungen zu Freihandels- und Investitionsabkommen möchte die EU im Wesentlichen drei Prinzipien verankern:¹⁴

1. „Inländerbehandlung“, durch die ausländische Investoren mindestens dieselben Rechte wie einheimische erhalten,
2. „Investorenschutz“, der Mindeststandards für die Behandlung von Investoren festlegt und
3. „Ungehinderter Kapitalfluss über Staatsgrenzen“, womit das Recht der Investoren, Gewinne uneingeschränkt ins Ausland transferieren zu können, gesichert wird.

In Rohstoffsektoren wie im Bergbau oder der Öl- und Gasindustrie haben ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) einen extrem schlechten Ruf – denn dort sind Sondersteuerabkommen die Regel, die nur zu geringen Staatseinkünften führen, während gleichzeitig kaum oder gar kein Technologietransfer stattfindet und nur wenige lokale Arbeitskräfte eine Beschäftigung finden. Hinzu kommen teilweise die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung und andere Menschenrechtsverletzungen.

KRITIK UND POTENZIELLE FOLGEN

Laut UNCTAD gibt es bisher kaum Nachweise, dass ausländische Investitionen bei der Förderung von Wirtschaftswachstum in Afrika oder in anderen Entwicklungsländern eine führende oder verstärkende Rolle spielen.¹⁵ Demgegenüber gibt es klare Belege dafür, dass FDI einem Wirtschaftswachstum folgen, anstatt es zu bewirken.¹⁶ So fließt nur ein geringer Teil der FDI in Sektoren, die armen Menschen am meisten nutzen könnten. Nachgelagerte Produktion und Diversifikationsbemühungen bleiben in der Regel marginal. In Afrika fließen FDI häufig in Sonderwirtschaftszonen zur exportorientierten Produktion. Die dafür benötigten Technologien werden importiert, und es besteht meistens nur eine geringe Verflechtung mit dem Rest der Wirtschaft.¹⁷ Um die potenziell negativen Folgen von FDI zu vermeiden, ist eine politische Regulierung unabdingbar. Eine solche Regulierung kann Anreize für Investitionen schaffen, die die Entwicklung des Landes fördern und alle Investoren zur Einhaltung der Arbeitnehmer/innen-, Umwelt-, und Menschenrechte sowie anderer Standards zwingen. Restriktive oder gesteuerte Investitionspolitik kommt nicht zwangsläufig armen Menschen zugute; vielmehr kommt es auf die Qualität politischer Steuerung und die Art und Weise an, wie die Regierungen diese politischen Maßnahmen einsetzen. Die erfolgreiche Industrialisierung vieler Staaten, z.B. von Japan, Südkorea und Taiwan, stützte sich auch auf den Schutz des eigenen Wirtschaftsraumes durch strenge Importkontrollen und eine restriktive Investitionspolitik.¹⁸

¹⁵ UNCTAD, *Economic Development in Africa: Rethinking the Role of Foreign Direct Investment*, 2005, S. 64

¹⁶ Ha-Joon Chang, *Bad Samaritans: The Guilty Secrets of Rich Nations and the Threat to Global Prosperity*, Random House, London, 2008, S. 99

¹⁷ UNCTAD, *Economic Development in Africa: Rethinking the Role of Foreign Direct Investment*, 2005, S. 11

¹⁸ Ajit Singh, *„How did East Asia grow so fast?: Slow progress towards analytical consensus“*, UNCTAD Bulletin, Mai 1995, S. 4–14

¹⁴ European Council, *Outcome of Proceedings of the Trade Policy Committee*, 22. Januar 2010, S. 3, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st05/st05667.en10.pdf>

WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

KRITIK AN DEN DREI PRINZIPIEN:

1. Die „Inländerbehandlung“ nimmt Entwicklungsländern die Möglichkeit, lokale Investoren zu bevorzugen, ausländische Investitionen in gewissen Sektoren zu verbieten oder regionale Investoren zur Förderung regionaler Integration zu bevorzugen.
2. Der „Investorenschutz“ verleiht Investoren häufig mehr Rechte als den Regierungen des Gastgeberlandes oder den betroffenen Gemeinschaften und ist mit dem Risiko internationaler Schiedsgerichtsverfahren verbunden.
3. Durch den „ungehinderten Kapitalfluss über Staatsgrenzen“ wäre es den Regierungen nur noch in sehr geringem Umfang möglich, Kapitalabflüsse zu begrenzen oder die eigene Zahlungsbilanz zu stützen.

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Die Investitionspolitik der EU sollte die Regierungen der Entwicklungsländer nicht darin behindern, Investitionen und Unternehmen im Interesse der Entwicklung und des Allgemeinwohls zu regulieren. Investitionsschutzabkommen müssen ein besseres Gleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten von Investoren schaffen und positives Verhalten von Investoren zur Förderung langfristiger, nachhaltiger Entwicklung unterstützen. Die EU sollte dafür Sorge tragen, dass alle Investoren der EU nationale und internationale Standards und Gesetze in Bereichen wie Umwelt, Menschenrechte und Arbeitsbedingungen einhalten. Dafür ist die unmittelbare Haftung und Fürsorgepflicht von Unternehmen der EU – inkl. ihrer Tochterunternehmen und unter ihrer Kontrolle stehender Unternehmen – zu verbessern. Die EU sollte in EPAs und anderen Freihandelsabkommen nicht auf Regeln zur Liberalisierung von Investitionen drängen und insgesamt ihre Haltung zur Inländerbehandlung, zu freien Kapitalströmen und Investorenschutz ändern. Die EU darf zudem nicht länger auf internationale Streitschlichtungsmechanismen zwischen Staat und Investoren drängen.

BRIEFING FÜR ABGEORDNETE:

WIE DIE EU-HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK IM ROHSTOFFSEKTOR ENTWICKLUNG BEDROHT

IMPRESSUM

Briefing: Wie die EU-Handels- und Investitionspolitik im Rohstoffsektor Entwicklung bedroht

Hrsg.: WEED e.V. und
Oxfam Deutschland e.V,
2011

Autorin: Meike Westerkamp

Redaktion: Nicola Jaeger und David Hachfeld

Layout: Marcel Zienert

Bestellhinweis:

Oxfam Deutschland e. V.
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin
T +49 30 4285 0621
F +49 30 4285 0622
E info@oxfam.de
www.oxfam.de



weed

**Weltwirtschaft,
Ökologie & Entwicklung e.V. – WEED**
Eldenaer Str. 60,
10247 Berlin
T +49 30 275 82 163
E weed@weed-online.org
www.weed-online.de

Diese Publikation ist als Teil eines gemeinsamen Projekts von Traidcraft Exchange (Vereinigtes Königreich), Comhlámh (Irland), AITEC (Frankreich), Oxfam Deutschland e.V. und WEED e.V. (Deutschland) entstanden.



Für die Inhalte dieses Textes sind ausschließlich Oxfam Deutschland e.V. und WEED e.V. verantwortlich.



Dieses Briefing wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben ausschließlich die Ansicht von WEED e.V. und Oxfam Deutschland e.V. wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.